Verringern statt verschieben

Volkhard Paczulla zur neuen Abwasserpolitik der CDU

Es ist erneut der Druck der Straße, der die Thüringer Regierungspartei CDU zum Überdenken ihrer Wasser/Abwasser-Politik bringt.

25 000 Unterschriften für ein Volksbegehren signalisieren, dass etwas nicht stimmt und verändert werden muss, räumt Fraktionschef Mike Mohring ein. So viel Selbstkritik ist bei ihm selten. Doch wie es aussieht, will er nicht den alten Fehler von 2004 wiederholen, als die Wasserbeiträge mit einem Federstrich abgeschafft wurden. Gut so, auch wenn das den Wünschen von Frank Kuschel (Linke) und dem keimenden Volksbegehren widerspricht.

Denn einen Verzicht auch auf Abwasserbeiträge könnte die Landeskasse nicht mehr stemmen. Also will die CDU die Kosten strecken und verringern, statt sie wieder nur zu verschieben. Ohne großartige Gesetzesänderung. Man muss den Vollzugs- und Aufsichtsbehörden nur erklären, dass sie nicht päpstlicher sein müssen als der Papst. Solange EU- und Bundesrecht eingehalten wird. In Brüssel hatte auch niemand ernsthaft geglaubt, dass bis 2015 in Bächen, Flüssen und Seen wieder alles schwimmen und zappeln wird wie vor der Industrialisierung Europas.

Ist die Gewässergüte akzeptabel, muss Thüringen nicht gleich nach der Eins mit Sternchen greifen. Etwas früher hätte diese Einsicht viel Ärger und noch mehr Geld gespart.

Nur noch das Nötigste

Weitere 3,2 Milliarden Euro für Investitionen in Abwasseranlagen treiben die CDU-Fraktion zu kreativer Höchstleistung. 16 Vorschläge, um die Belastungen der Bürger künftig zu verringern oder wenigstens zeitlich zu strecken.

Von Volkhard Paczulla

Erfurt. Diesmal geht es nicht darum, das Kommunalabgabengesetz schon wieder zu ändern.

Die CDU-Fraktion im Landtag hat nur darüber nachgedacht, dass man rechtliche Vorgaben der EU und des Bundes zum Schutze der Gewässer auch großzügiger auslegen kann. Großzügiger im Sinne der zahlenden Bürger.

> „Die Belastung der jetzigen Eigentümer ist an eine Grenze gekommen."
> Mike Mohring, Vorsitzender der CDU-Fraktion

4,8 Milliarden Euro haben Thüringer Hauseigentümer, Mieter und Steuerzahler bereits in eine moderne Abwasserentsorgung stecken müssen. Weitere 3,2 Milliarden sind nach Ansicht der kommunalen Entsorger noch nötig. Aber „die Belastung der jetzigen Grundeigentümer ist an eine Grenze gekommen", spricht CDU-Fraktionschef Mike Mohring den Dauerstreit um die Beitragserhebung an. Der rettende Gedanke heißt deshalb: Nur noch bauen, was unbedingt nötig ist. Abwasser „muss nicht sauberer sein als Trinkwasser".

Die kleine Übertreibung könnte in der Sache große Wirkung entfalten, ihr entspringen insgesamt 16 Vorschläge. So soll nach dem Willen der Unionsabgeordneten künftig keine Untere Wasserbehörde mehr Schadstoffgrenzwerte festsetzen dürfen, die strenger sind, als zum Erhalt der Gewässergüte notwendig wäre. Anordnungen zum Aufrüsten von Hauskläranlagen sollen „mit Augenmaß" getroffen werden, besonders in Grenzfällen. Gemeint sind jene, die laut örtlichem Abwasserbeseitigungskonzept in den nächsten 15 Jahren erst spät oder vielleicht im 16. Jahr einen Anschluss an die zentrale Entwässerung erhalten. Ihnen sei nicht zuzumuten, in der Zwischenzeit teure, vollbiologische Kleinkläranlagen installieren zu müssen.

Überhaupt: Von allen rechtlich zulässigen Entsorgungsvarianten dürfe nur noch die wirtschaftlichste umgesetzt werden. Eine Abschätzung haben die Zweckverbände vorher zu machen und den Bürgern offenzulegen, heißt es jetzt. Zweckverbände, die sich einem Leistungsvergleich mit anderen entziehen, brauchten nicht mehr mit freistaatlicher Hilfe rechnen. Außerdem soll vorrangig dort investiert werden, wo Siedlungsbereiche „langfristig erhalten bleiben". Offenbar zweifelt die Union, dass dies im ländlichen Raum auf alle Ortschaften zutrifft. Die mit Perspektive sollen aber bei der Unterstützung künftiger Abwasserprojekte einen Vorteil haben. Mindestens 60 Prozent der rund 22 Millionen Euro, die dem Land aus der Abgabe auf Schmutz- und Niederschlagswasser zufließen, seien für den ländlichen Raum zu reservieren.

Noch immer sind fast 80 Prozent der kleinen Gemeinden an keine zentrale Abwasserreinigung angeschlossen. Frank Augsten von den Grünen ist nicht damit einverstanden, dass die CDU nun Vorschriften großzügiger auslegen will. Ziel könne nicht sein, einen insgesamt guten Zustand der Gewässer ins Jahr 2017 zu verschieben.

Doch, sagt Egon Primas, CDU-Experte für Agrar und Forsten, aber auch Umweltpolitiker. Zur Not reiche sogar 2027, das habe ihm die EU-Kommission in Brüssel so bestätigt: „Wir Thüringer waren bisher nur besonders ehrgeizig."

Für Frank Kuschel (Linke) ist die Neuausrichtung der Abwasserpolitik vor allem ein Etappensieg der Bürgerinitiativen gegen Kommunalabgaben. Die CDU habe aber offensichtlich nicht die Kraft, das System der Beitragsfinanzierung gänzlich in Frage zu stellen. ▸ Kommentar

OTZ 24. November 2011